

Bürgerentscheid kann noch warten

Hornow-Wadelsdorf Der geplante Bürgerentscheid zur Eingliederung der Gemeinde Hornow-Wadelsdorf in die Stadt Spremberg wird jetzt noch weiter verschoben. Bürgermeisterin Antoinette Leesker (Für Hornow-Wadelsdorf) zog während der Gemeindevertretersitzung am Mittwoch eine schon auf die Tagesordnung gesetzte Beschlussvorlage wieder zurück.

Grund sei, dass aus dem Innenministerium in Potsdam noch keine Antwort auf einen Brief von ihr eingegangen sei, erklärte sie. Die Bürgermeisterin hat das Ministerium darin gebeten, die Pläne für eine anstehende Gemeindegebietsreform vor Ort einmal zu erklären. „Wir wollen uns genau über die Vorteile und Nachteile der verschiedenen Varianten informieren.“ Ins Auge gefasst sind Gesprächstermine Ende Februar oder Anfang März.

Eklat wegen Stasibericht in Hornow

Hornow-Wadelsdorf Mit einem handfesten Eklat ist am Mittwochabend eine Abstimmung in der Gemeindevertretung von Hornow-Wadelsdorf zu Ende gegangen: Eine knappe Mehrheit des Parlamentes verweigerte seine Zustimmung dafür, den Abschlussbericht zur Stasi-Überprüfung öffentlich zu machen. Das rief sogleich lautstarken Protest von Bürgern hervor. Nach dem Votum verließen sie und ein Gemeindevertreter demonstrativ die Sitzung.

Seit im vergangenen Jahr bekannt geworden war, dass der Abgeordnete Günter Schimmack von der Wählergemeinschaft „Für Hornow-Wadelsdorf“ in seiner Tätigkeit als Leiter des Jugendtourist-Büros in Spremberg jahrelang Berichte an die Staatssicherheit der DDR geschrieben hat, herrscht Unruhe in der Gemeinde.

Unabhängige Kommission

Der heute 77-Jährige hatte sich vor Jahresfrist zwar öffentlich erklärt und immer wieder gerechtfertigt, einzig im Zusammenhang mit seinen Reiseleiter-Aufgaben mit der Stasi zusammengearbeitet zu haben. Die Rückgabe des Abgeordneten-Mandates lehnte er bis heute allerdings ab. Die Gemeindevertretung entschied damals richtig, die Sache von der unabhängigen Stasi-Prüfungskommission des Landkreises Spree-Neiße aufarbeiten zu lassen.

Die Kommission unter der Leitung von Superintendent Michael Moogk legte im September 2011 dann auch ihren Bericht dazu vor und empfahl, diesen öffentlich zu machen – beispielsweise im Amtsblatt von Döbern-Land. Doch das will die knappe Mehrheit des Hornow-Wadelsdorfer Gemeindeparlamentes jetzt auf einmal verhindern.

Am Mittwochabend überstimmten die Bürgermeisterin Antoinette Leesker und die Fraktion „Für Hornow-Wadelsdorf“ mit fünf zu vier Stimmen die Abgeordneten von SPD und den Brandschutzfreunden, die für die Veröffentlichung des Berichtes sind. „Die Einwohner der Gemeinde haben ein Recht darauf, zu erfahren, wer sie im Parlament vertritt“, sagt Annett Zeuner (SPD). Auch 20 Jahre nach der Wende dürften diese Dinge nicht einfach abgetan und weggewischt werden. „Das tut keinem gut, nicht mal dem Betroffenen. Man muss jetzt

reinen Tisch machen.“

Einwohner protestieren

Bürgermeisterin Antoinette Leesker begründet ihre Position gegen eine Veröffentlichung des Stasiberichtes dagegen so: „Es muss endlich Ruhe einkehren. 20 Jahre nach der Wende noch immer diese aufgeheizte Stimmung – damit muss doch auch mal Schluss sein“, sagt sie. Die Veröffentlichung des Berichts würde dazu nicht beitragen.

Das sehen Einwohner aus Hornow-Wadelsdorf aber offenbar ganz anders. Sie protestierten am Mittwoch heftig gegen die Entscheidung der Gemeindevertretung. „So kann man mit uns Bürgern nicht umspringen. Das tut nur, wer etwas zu verbergen hat“, schimpfte Wolfgang Jazosch. „Diese Gemeindevertretung ist nicht mehr glaubwürdig“, fügte der Ex-Bürgermeister an.

Demonstrativ verließen er und weitere Bürger sowie auch der Abgeordnete Eberhard Schwella (Brandschutzfreunde) den Tagungsraum.